

Mehr zum Thema: **KVG-Ärger - Opposition will Sondersitzung**



Bei den Buslinien wird es bei der KVG-Netzreform harte Einschnitte geben: Im Bild die Linie 25, die am Lindenberger im Stadtteil Forstfeld gekappt werden soll. 26 Bushaltestellen würden nach den bisherigen Plänen ab Frühsommer 2017 gar nicht mehr und weitere 18 nur noch mit Anruf-Sammel-Taxen angefahren.

Das plant die KVG

Die geplante Netzreform sieht harte Einschnitte vor allem bei den Kasseler Buslinien, aber auch im Tramverkehr vor.

26 Bushaltestellen würden nach den Plänen gar nicht mehr und weitere 18 nur noch mit Anruf-Sammel-Taxen angefahren. Die Mehrzahl dieser Haltestellen liegt in den am Stadtrand gelegenen Stadtteilen.

Massive Streichungen soll es in den Schwachverkehrszeiten am späten Abend, samstags bis 8 Uhr und sonntags bis 11 Uhr geben, zudem einschneidende Änderungen in der Linienführung der Straßenbahnen. Besonders in den Stadtteilen Harleshausen, Jungfernkopf, Bettenhausen, Nordshausen und Brallsberg gibt es laut KVG zu viel Angebot im Nahverkehr. Geplante Veränderungen bei den Buslinien 12, 24, 25 und 27 betreffen aber auch die Stadtteile Niederzwehren, Rothenditmold, Süsterfeld-Helleböhn und Forstfeld.

Mehr als 1000 Bürgereingaben sind bei der KVG zu dieser Planung eingegangen. Die sollen jetzt für die Überarbeitung des Entwurfs bis zum Frühjahr dieses Jahres genutzt werden. Damit will die KVG den ursprünglichen Zeitplan einhalten und ab Frühsommer 2017 im reformierten Netz fahren. Voraussetzung dafür ist die Zustimmung der neuen Stadtverordnetenversammlung, die am 6. März gewählt wird. Der entscheidende Beschluss zur KVG-Netzreform soll im Oktober 2016 im Stadtparlament gefasst werden.

2014 hatte die KVG 43,8 Millionen Fahrgäste transportiert, aber trotzdem 16,8 Millionen Euro Verlust eingefahren (Zahlen für 2015 liegen noch nicht vor). Weil der Verlustausgleich immer schwieriger wird, muss die KVG nach Vorgabe der Stadt auf die Kostenbremse treten. Für bis sechs Millionen Euro weniger Verlust im Jahr sind das Ziel. (ach)

Kritik am Streichkonzert

Tausende protestieren gegen geplanten Wegfall von KVG-Buslinien und Haltestellen

VON JÖRG STEINBACH
KASSEL. Seit die Kasseler Verkehrs-Gesellschaft (KVG) im Juli 2015 den Entwurf für die geplante Liniennetzreform öffentlich gemacht hat, ist in den Stadtteilen der Teufel los. Die Kritik gegen die vorgeschlagenen Streichungen von Buslinien und Haltestellen reißt seither nicht mehr ab.

Gegen die Reformpläne machen Aktionsbündnisse und Ortsbeiräte, Schulen und andere Einrichtungen mobil. In der „Johann-Amos-Comenius-Schule in Niederzwehren gab es eine große Inforenne zur geplanten Einstellung der Buslinie 24. „Ohne Linie 24 könnten Schüler aus Süsterfeld, Harleshausen und

Wilhelmshöhe die Schule nicht mehr erreichen“, sagte Schulleiterin Dagmar Figge.

In Rothenditmold übergab das Aktionsbündnis „Initiative Nahverkehr für alle“ aus den Umweltverbänden „UmweltHaus Kassel, ADFC, BUND, VCD und Initiativen wie Rothe Ecke und Kulturinitiative Harleshausen mehr als 1600 Unterschriften zum Erhalt der Buslinie 27. „Die Linie 27 ist die einzige direkte Verbindung in den Vorderen Westen, es gibt keine Alternative“, sagte Mitinitiatorin Violetta Bock. „Streichkonzert bei der KVG! Das lehnen wir ab“, stand auf einem Plakat.

Im Stadtteil Süsterfeld-Helleböhn haben Anwohner um

Ortsvorsteher Jürgen Helfrich (CDU) rund 1300 Unterschriften der KVG übergeben, um den Wegfall der Buslinie 24 zwischen Helleböhn und der Dönche zu verhindern.

Im Stadtteil Forstfeld fordert der Ortsbeirat, die KVG solle von den Plänen Abstand nehmen, am Lindenberger die Buslinie 25 zu streichen. Die Bewohner der Seniorenwohnanlage Lindenberger wollen, dass der Bus auch künftig an der Haltestelle vor ihrer Haustür stoppen soll.

Die Forderungen vieler Bürger gehen über den bloßen Erhalt der bestehenden Buslinien und Haltestellen hinaus. So will das Rothenditmolder Aktionsbündnis, dass der öffentliche Personennahverkehr in

Kassel weiter ausgebaut statt eingeschränkt wird. Zudem sollen die Preise für das Fahren mit Bus und Straßenbahn günstiger werden.

Der Auftrag an die KVG lautet allerdings: Kosten senken. Die Verkehrsplaner des Unternehmens haben deshalb genau analysiert, wo Busse und Bahnen auffallend wenig genutzt werden, wo der Leistungsaufwand hoch und die Kostendeckung niedrig ist. Dort soll es Einschränkungen geben. Zum Protest in Rothenditmold hatte KVG-Planer Sven Möller gesagt: „Wenn alle, die unterschrieben haben, auch regelmäßig mit der Linie 27 fahren würden, wäre die Verbindung auch ausgelastet.“

Debatte soll vor Wahl geführt werden

Auf Vorschlag der Rathausfraktion Kasser Linke hat sich eine Oppositions-Allianz im Rathaus gebildet

Der Proteststurm gegen die geplante KVG-Netzreform sorgt schon seit Monaten für politischen Streit in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung und deren Ausschüssen.

Immer wieder hatten die Oppositionsfraktionen im Kasseler Rathaus versucht, die geplanten harten Einschnitte zu verhindern. Doch Änderungsanträge von Linken und Christdemokraten, die Reform müsse grundsätzlich überarbeitet und dabei die Anbindung der Stadtteile sichergestellt werden, wurden von der rot-grünen Rathausmehr-



CDU-Fraktionschef Dr. Norbert Wett

heit mehrfach abgelehnt.

Misstrauisch machte die Opposition, dass der Kasseler Magistrat die Bürgereingaben zur KVG-Reform vor der Kom-

munalwahl am 6. März gar nicht mehr beantworten wollte und eine Sitzung des Eingabeausschusses des Stadtparlaments abgesagt wurde.

Zur geplanten letzten Stadtverordnetenversammlung vor der Wahl am 1. Februar gebe es so viele Magistratsanträge, dass für die Aussprache über die Anträge und Eingaben zur KVG-Netzreform keine Zeit mehr bleibe, hatte CDU-Fraktionschef Dr. Norbert Wett vor einer Woche bemängelt: „Das finden wir unfair.“ Magistrat, SPD und Grüne wollten das Thema „klein halten“, kritisierte Wett. „Aber es gehört



Linken-Fraktionschef Axel Selbert

jetzt vor der Wahl auf den Tisch.“ Das findet auch die Rathausfraktion Kasser Linke, die von Anfang an die geplanten Verschlechterungen

im Nahverkehr kritisiert und die gesamte KVG-Netzreform kippen will. Auf jeden Fall vor der Kommunalwahl müsse die Stadt klarstellen, dass die KVG-Reform so nicht umgesetzt werden könne, hatte Linken-Fraktionsvorsitzender Axel Selbert gefordert.

Jetzt haben – dem Vernehmen nach auf Vorschlag der Linken – die Rathausfraktionen von CDU, FDP, Demokratie/freie Wähler und Kasseler Linke eine Allianz gebildet, um eine Sondersitzung und damit eine Debatte vor der Wahl durchzusetzen. (ach)

SPD will die Sitzung am 1. Februar verlängern

Rathaus-Fraktionschef Dr. Günther Schnell kritisiert Opposition: Absprachen im Ältestenrat würden nicht eingehalten

Die SPD-Rathausfraktion will keine Sondersitzung des Stadtparlaments und schlägt vor, in der geplanten letzten Sitzung am Montag, 1. Februar, mit offenem Ende zu tagen. Dann gebe es genügend Zeit, über die umstrittene und heftig kritisierte KVG-Liniennetzreform zu debattieren.

„Da wir Ihr Ansinnen aber sehr ernst nehmen, alle noch ausstehenden Anträge beraten zu wollen, möchten wir Ihnen anbieten, dass die Tagesordnung der Sitzung vom

1.2.2016 komplett abgearbeitet und die Sitzung nicht, wie vereinbart, gegen 21 Uhr geschlossen wird. Einen so lautenden Antrag würden wir zu Beginn der Sitzung stellen“, hat SPD-Fraktionschef Dr. Günther Schnell an CDU, FDP, Kasseler Linke und die Fraktion Demokratie/erneuern/freie Wähler geschrieben.

„Das Ansinnen, eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Behandlung der noch ausstehenden Fraktionsanträge anzusetzen, lehnt die SPD ab. „Die Fraktionen



SPD-Fraktionschef Dr. Günther Schnell

von SPD und Bündnis 90/Die Grünen reagieren mit Verwunderung auf Ihr Vorhaben,

da die Absprachen im Ältestenrat vom 18.1.2016 bezüglich der Bürgereingaben anderslautend waren“, schreibt Schnell im Brief an die Fraktionen der Opposition.

Im Terminplan für die Sitzungen des Stadtparlaments sei vor allem der bevorstehende Kommunalwahltermin beachtet und ein zeitlicher Abstand bedacht worden, „damit eine angemessene Behandlung der Anträge ohne die Vorzeichen der Kommunalwahl möglich ist“.

Bisher habe es zu den parla-

mentarischen Gepflogenheiten der Kasseler Stadtverordnetenversammlung gehört, dass am Ende einer Legislaturperiode die noch nicht behandelten Anträge entweder ohne Aussprache abgestimmt oder auf Wunsch der Fraktion durch die neue Stadtverordnetenversammlung behandelt würden. Weder im Ältestenrat noch auf anderem Wege „wurden wir Ihrerseits kontaktiert, um die Tagesordnung im Konsens zu verändern“, kritisiert Schnell das Vorgehen der Opposition. (ach)